ag, 30. Mai 1924 · 72. Jahrgang Nr. 255

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Goldpfennig.

heint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. monatspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Boten: Rechenschaft 80 Goldpfennig. Im Falle höherer Gewalt Goldmark monatlich exklusive Zustellung im Falle höherer Gewalt Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nach- ung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die ukene Zeile 0.70 Goldmark für kleine Anzeigen das Wort 0.20 Gold- Das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW. lemar Str. 40—48. Fernspr.: Dönhoff Nr. 5440 bis 5450; für den Fernverkehr: f die 4276. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 234. Rudolf Mosse, W. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener e 1-4, Frankfurter Allee 256, Frankfurter Allee 363, Grosse Frankfurter e 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhannstr. 4, Schönhauser Allee 144. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit Berliner Familien-Zeitung
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „U.K."
BERLIN UNSICHER

Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 73, Feurstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56-57, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 8, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 55, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Büchenstr. 69, Fidicinstr. 9, Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 23, Nürnberger Str. 20-26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 10, Steglitz: Grunewald: Hohenzollernplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichterfelde-West: Carlstr. 1-3, Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 93-94, Kaiser-Friedrich-Str. 247-48, Pankow: Borsbeimer Str. 1, Schmargendorf: Breite Str. 14, Schöneberg: Hauptstr. 23-24, Martin-Luther-Str. 9, Steglitz: Albrechtstr. 130, Tempelhof: Berliner Str. 141, Treptow: Kriilisstr. 7, Weissensee: Streustr. 108, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13, Brandenburg: Hauptstr. 4, Breslau: Schweidnitzer Str. 31-32, Chemnitz: Schlossstrasse 1, Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a, Niederschöneweide: Brückenstr. 22, Potsdam: Brandenburger Str. 28, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Paradeplatz 3.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Vernichtungsschlag gegen Millerand?

Kein Mitglied des Blocks der Linken soll von ihm den Auftrag zur Kabinettsbildung annehmen

Paris, 29. Mai. (W. T. B.)

aut „Oeuvre" glaubt man, daß die am nächsten Sonn- stattfindende Tagung der Sozialistisch-republi- ischen Partei (Painlevé-Briand) eine gesordnung annehmen werde, die es einem Mit- ed des Blocks der Linken unmöglich mache, n dem Präsidenten der Republik den Auf- g zur Kabinettsbildung anzunehmen.

*

der Kongreß der Sozialisten des Seine-Departe- nts hat sich mit 1784 Stimmen gegen die Beteiligung der Regierungsbildung ausgesprochen. 666 Delegierte mten für die Beteiligung.

Der alte Fachmann Loubet

wird von Poincaré zu Rate gezogen

Paris, 29. Mai. (W. T. B.)

Ministerpräsident Poincaré hatte gestern abend eine längere erredung mit dem ehemaligen Präsidenten der Republik, Lou- t. Aus dieser Tatsache glaubt „Echo de Paris" schließen zu nen, daß Poincaré sich über das konstitutionelle Prob- m habe unterrichten wollen.

*

Der jetzt fast 86 jährige Emile Loubet ist von 1896 bis 1906 sident der französischen Republik gewesen.

Unter dem Vorsitz Raoul Péretz

wurde eine vernünftige Resolution gefaßt

Paris, 29. Mai. (W. T. B.)

Der Generalrat des Departements Vienne (Südwestfrank- ich) nahm unter dem Vorsitz des ehemaligen Kammerpräsiden- n Raoul Péret eine Tagesordnung an, **in der die ommende Regierung aufgefordert wird, mit Unterstützung des Linksblocks ein Regime internationaler Verständigung zu schaffen,** damit namentlich die Durchführung des Sachverständigenberichtes gewährleistet, eine Währungskonferenz einberufen und die Fragen der internationalen Schulden geregelt würden.

Paul Cambon †

Paris, 29. Mai. (W. T. B.)

Der ehemalige langjährige Botschafter in London, Paul Cambon, der Bruder des früheren französischen Botschafters in Berlin, ist heute nacht gestorben.

*

Paul Cambon hat ein Alter von 81 Jahren erreicht. Er vertrat Frankreich von 1886 bis 1891 in Madrid, von 1891 bis 1898 in Konstantinopel und wurde dann nach London versetzt. Sein Name ist unzertrennlich mit der Vorgeschichte des Weltkrieges verknüpft, hatte er doch einige Jahre vor dem großen Weltbrand jenen denkwürdigen Briefwechsel mit dem Staatssekretär im Foreign Office, Sir Edward Grey, in dem England und Frankreich sich wechselseitig Waffenhilfe im Fall eines europäischen Krieges zusicherten. Tatsächlich hat dieses Versprechen besser als manches formale Bündnis gehalten. Paul Cambon blieb noch bis zum Jahre 1920 auf dem Londoner Botschafterposten. Sein um zwei Jahre jüngerer Bruder Jules Cambon war bis zum Kriegsausbruch französischer Botschafter in Berlin.

Schon drei Deputierte

vom 11. Mai sind gestorben

Paris, 28. Mai. (W. T. B.)

Von den am 11. Mai gewählten Abgeordneten ist in der vergangenen Nacht als dritter der Industrielle und Bürgermeister von Longwy, Petitier, gestorben. Er war auf der Liste des Nationalen Blocks gewählt.

Wird MacDonald gestürzt?

Die entscheidende Sitzung des Unterhauses — Die Verantwortung der Liberalen

London, 29. Mai. (W. T. B.)

In Erwartung der heutigen kritischen Debatte über das Arbeitslosenproblem war das Unterhaus dicht besetzt. Die Parteiführer waren vollzählig erschienen. Kurz vor Beginn der Debatte nach MacDonald auf der Regierungsbank Platz. Die Debatte wurde von Sir Robert Horne eröffnet. Er sagte u. a., das große Arbeitslosenproblem sei noch ungelöst, der Arbeitsminister suche immer noch nach einem Mittel.

Die Geduld des Hauses und des Landes sei erschöpft, denn die Zahl der Arbeitslosen belaufe sich immer noch auf über eine Million. Die Regierung sei nur am Ruder wegen der Versprechungen, die sie bei den letzten Wahlen gemacht, und die sie nicht gehalten habe.

Es herrsche Uebereinstimmung darüber, daß das ganze sozialistische Programm keine unmittelbare Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit bringe. Man sei berechtigt zu wissen, was die Politik der Regierung sei. Die Regierung habe nicht einen einzigen neuen Gedanken hervorgebracht. Zu welchem Ergebnis die Verhandlungen mit Rußland auch führen mögen, es werde kein größerer Vorteil für den Handel daraus erwachsen, als unter dem Handelsabkommen der Koalitionsregierung vom Jahre 1921. Die Verhandlungen der Regierung stellten einen Mißerfolg dar. Die Opposition ersuche das Haus, sein Urteil zu verkünden.

Unter großem Beifall der Arbeiterpartei ergriff hierauf Premierminister MacDonald das Wort. Bezugnehmend auf Hornes Aeußerungen, daß sein (MacDonalds) Blick starr auf den auswärtigen Horizont gerichtet sei, erklärte er, das sei seine Sache. Er werde fortfahren, seine Arbeit zu leisten mit der Ueberzeugung, daß er, wenn er nur tun könne, was er wolle, einen der wesentlichsten Beiträge zur Lösung des Arbeitslosenproblems leisten werde.

Die Konservativen hätten diese Frage nur zu Parteizwecken aufgeworfen, ohne die Absicht, zur Lösung des Problems beizutragen.

Das einzige, was wirklichen Wert habe, sei eine normale Lage des Handels. Zur liberalen Linken gewandt, betonte MacDonald, daß die Regierung unerschütterlich für den Freihandel eingetreten sei. Der Premierminister schloß, wenn die Opposition glaube, daß sie durch einen Regierungswechsel und durch Neuwahlen im gegenwärtigen Zeitpunkt Europa und England ebenso nützen könne wie sich selbst, dann möge sie ihm eine Niederlage zufügen. **Wenn das Haus heute abend das Mißtrauensvotum annehme, so könne er der Opposition versichern, daß er sein Bestes tun werde, um ihr im Wahlkampf gegenüberzutreten.**

Sofort nach MacDonalds Rede zogen sich die liberalen Mitglieder zurück, um ihre Parteikonferenz wieder aufzunehmen, die heute abend über das Schicksal der Regierung entscheiden wird. Wie vermutet wird, sind die Ansichten der Liberalen über die Zweckmäßigkeit, die Regierung zu stürzen, geteilt. **Alles hängt von dem Ergebnis der liberalen Konferenz ab.**

Japans Protest gegen Washington

Entrüstungssturm gegen das Einwanderungsgesetz

London, 28. Mai. (W. T. B.)

Reuter berichtet aus Tokio: Die Unterzeichnung des Einwanderungsgesetzes durch den Präsidenten Coolidge hat hier einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, der sich nicht nur gegen Amerika, sondern auch gegen die angebliche Unfähigkeit der japanischen Diplomatie wendet. Die beiden Kammern haben dem Protest gegen das Einwanderungsgesetz zugestimmt.

Nach einer Havas-Meldung soll das Kabinett beschlossen haben, den japanischen Botschafter in Washington, Hanihara, zur Heimreise zu ermächtigen.

Bombenunglück in Britisch-Betschuanaland

3 Tote und 15 Verletzte

Kuruman (Betschuanaland, Südafrika), 28. Mai.

Während einer militärischen Besichtigung fiel aus einem Militärflugzeug eine Bombe auf eine Gruppe von Zuschauern, von denen drei getötet und fünfzehn verletzt wurden.

Verbindlichkeitserklärung

des Schiedsspruchs im Bergbau

Berlin, 29. Mai. (W. T. B.)

Nachdem der im Bergbaukonflikt gefällte Schiedsspruch vom 27. Mai betreffend die Arbeitsstreitigkeiten im Ruhrkohlenbergbau vom Zechenverband und einem Teil der Arbeitnehmerverbände nicht angenommen worden ist, hat der Reichsarbeitsminister den Schiedsspruch unter dem 29. Mai von Amts wegen für verbindlich erklärt, da dies als der einzige Weg erscheint, um die im Interesse der Volkswirtschaft erforderliche sofortige Wiederaufnahme der Produktion im Ruhrbergbau herbeizuführen.

Der Rutsch nach rechts

Die Verantwortung der Demokraten

O. N. Der Reichstag der deutschen Republik hat einen monarchistischen Präsidenten. Nicht durch die Schuld der Monarchisten, sondern durch den Verrat der „Verfassungstreuen", also der Republikaner auf Zeit. Jener Männer, die sich stets auf den Boden der gegebenen Tatsachen stellen. Man hat den Republikaner Löbe beseitigt, obwohl es über ihn nur eine Stimme des Lobes gibt. Auch die Monarchisten rühmten seine Objektivität, seinen Gerechtigkeitssinn, seine menschlichen Gaben und seine souveräne Beherrschung der Geschäftsordnung.

Obwohl es durchaus strittig ist, daß die formal zahlenstärkste Fraktion den Präsidenten stellen müsse, hätte es eine Fraktion im Reichstage geben müssen, die dem Zahlenformalismus widersprach. Es war die Deutsche Volkspartei; denn die Deutschnationalen gelangten nur darum auf 104 Sitze, weil die Landbündler und Nationalliberalen, also Deserteure aus der Volkspartei, entgegen ihren Wahlbeteuerungen bei den Deutschnationalen unterschlüpften. Landbund und Nationalliberale listeten der Volkspartei Stimmen ab, um sie nach der Wahl offen den Deutschnationalen einzuverleiben. Indem die Deutsche Volkspartei nachträglich diese gegen sie gerichtete unsaubere Schiebung prämiiert, erklärt sie sich zur verächtlichsten Partei. Ihre ihre Würdelosigkeiten sind damit noch keineswegs erschöpft. Sie benimmt sich geradezu wie ein Lakai der Deutschnationalen. Ihr Minister Stresemann hat das Sachverständigengutachten angenommen. Sein Name steht unter der historischen Note, in der sich die deutsche Regierung zur Durchführung der von den Sachverständigen geforderten Regelung verpflichtet. Die Deutsche Volkspartei weiß, daß die Deutschnationalen zwar gegen die Gewährung der innerpolitischen Macht Erfüllungspolitik treiben wollen, sie weiß aber auch, daß man im Auslande daran nicht glaubt. Die Deutschnationalen haben das Sachverständigengutachten als „zweites Versailles" bekämpft und Herrn Stresemann wegen seiner Annahmenote aufs heftigste angegriffen. Kaum hatte die Volkspartei die Heranziehung der Deutschnationalen durchgesetzt, da verlangten die Deutschnationalen schon, daß Herr Stresemann über Bord gehen müsse. Eine Ohrfeige in aller Form für die Lakaien des Bürgerblockes!

Gegenwärtig kommt alles darauf an, dem deutschen Volke das klare Entweder — Oder in die Köpfe zu hämmern. Entweder wir nutzen die günstige internationale Lage, wie sie uns durch die Kabinette Herriot und MacDonald sich bietet, aus, oder wir verspielen Deutschlands Wiederaufstieg zum zweiten Male. Es ist heute sträflich, das deutsche Volk von dieser klaren und harten Entscheidung abzulenken. Was tut die Volkspartei? Sie beantragt, die Fahne Schwarz-weiß-rot wieder einzuführen. Es scheint das die brennendste Frage für die volksparteilichen Syndici und Generalsekretäre zu sein! Auch hier wieder jenes übereifrige Bestreben, sich bei dem nationalistischen Pfahlbürger als zuverlässig anzupreisen, nachdem man bei den Wahlen gerade infolge der unklaren Grenzlinie nach rechts hin namhaft an Stimmen eingebüßt hat.

Aber das Traurige ist, daß die volksparteiliche Rechtslähmung ansteckend wirkt. Bei der Präsidentenwahl sind die Zentrumsmänner zu zwei Dritteln den antimarxistischen Scharfmachern in der Volkspartei erlegen, und der Reichstag büßt das mit dem Verlust eines wirklich qualifizierten Präsidenten. Das Zentrum konnte sich bisher rühmen, gerade in Fragen und Stunden, wo es sich um Entscheidungen von weltpolitischen Fernwirkungen handelte, einem richtigen Instinkt gefolgt zu sein. Jetzt wählt man im Zentrum in der Mehrheit einen Präsidenten, der als Nationalist, Monarchist und Deutschnationaler dem Reichstage, der eine Mehrheit der Parteien aufweist, die sich zur Verständigungspolitik auf Grund der Dawesschen Berichte verpflichtete, ein falsches Etikett gibt. Volkspartei und Zentrum denken nur noch an Parteigrenzen. Sie wollen die Deutschnationalen mit der Mitverantwortung belasten, und diesen parteipolitischen Rücksichtserwägungen opfern sie die Interessen des Volkes nach außen hin.

Deutlich sind die Stimmen der Mahnung zu uns herübergeklungen, die eine Fernhaltung der doppelzüngigen Deutschnationalen von der Regierung wünschten. Man hat klar gesagt, daß die Lösung der Reparationen und die Verständigung erschwert wird, wenn wir eine Rechtsregierung haben. Die ehrlichen Demokraten in England wie in Frankreich sehen ihre innerpolitischen Schwierigkeiten erhöht, wenn in Deutschland der Nationalismus triumphiert. Aber Zentrum und Volkspartei sind schon so in der Bürgerblockbegeisterung aufgegangen, daß sie kaum noch zum Nachdenken Zeit finden.

Kommt jetzt der Bürgerblock wirklich, dann muß wenigstens darauf gerichtet werden, daß das Spektakelstück von kurzer Dauer sein wird. Würden sich die Demokraten auch nur mit einem „Fachminister" beteiligen, so verspielen sie die Republik. Der Parlamentarismus erfordert nicht nur eine Regierung, sondern auch eine Opposition. Gewiß ist es notwendig, daß die Dawes-Berichte von einer breiten Mehrheit durchgeführt